

## §Die Wähleraufträge sind bindende Verpflichtungen

In der Deutschen Demokratischen Republik steht nach den Wahlen die Aufgabe, das Programm der Nationalen Front mit allen Kräften durchzuführen. Einen Teil der Gesetze und Verordnungen, die in den letzten Monaten in der Volkskammer angenommen wurden, gilt es jetzt im Leben zu verwirklichen. Ich denke an das Bergarbeitergesetz, an das Eisenbahnergesetz, an das Gesetz zum Schutze der Frau, an den Beschluß der Regierung über die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren, an die Hilfe für die Neubauernsiedler und die Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und andere Gesetze und Verordnungen.

Das Wichtigste jedoch ist die Vorbereitung des Wirtschaftsplanes für 1951, das erste Jahr des Fünfjahresplanes, der Ende November der Volkskammer zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll.

Im Rahmen dieser großen Aufgaben müssen wir uns mit den vielen Wähleraufträgen beschäftigen, die wir als Abgeordnete der Volkskammer erhalten haben. Neben solchen Verpflichtungen, wie Verstärkung der Freundschaft zur Sowjetunion und den Volksdemokratien, Verstärkung des Kampfes gegen Saboteure und Agenten, unterschiedener Kampf gegen den Bürokratismus und für Einführung fortschrittlicher Verwaltungsmethoden, sind viele berechtigte Teilforderungen gestellt worden, die sich beziehen auf Fragen des Wohnungswesens, Hilfe für die Umsiedler, Förderung des Nachwuchses, Schaffung fortschrittlicher Fachliteratur und Lernmittel, Ausbau technischer Fachschulen, Zurverfügungstellung von Mitteln für die Jugendheime der FDJ in den Kreisstädten und für die Schaffung von Pionierhäusern, Durchführung einer Studienplanreform an den Hochschulen, Schaffung von Polikliniken, unterschiedener Kampf gegen Verwaltungsangestellte, die Gesetze bewußt falsch durchführen usw. Weiter wird in den Wähleraufträgen die Verbesserung der Arbeit des Handelsapparates, die stärkere Heranziehung von Entwicklungsfähigen Kräften aus der Jugend für Funktionen in Staat und Wirtschaft, die Schaffung eines fortschrittlichen Gesundheitswesens und vieles andere mehr gefordert.

Wir sind der Meinung, daß die demokratischen Wahlen einen bedeutenden Schritt vorwärts in der demokratischen Entwicklung bedeuten. Durch die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik, die Entlarvung der Gesetzessaboteure oder unfähiger Verwaltungsangestellter, durch den offenen Meinungsaustausch zwischen der Bevölkerung und den Kandidaten haben die Regierung und die Mitarbeiter des Staatsapparates wertvolle Hinweise für ihre weitere Arbeit erhalten. Bei den Wahlen haben die Kandidaten nicht nur die Bevölkerung über die Politik der Nationalen Front und über den Sinn der Gesetze der Volkskammer aufgeklärt, sondern die Kandidaten und die Mitarbeiter der Nationalen Front haben viel

aus den Vorschlägen und der Kritik der Bevölkerung, vor allem der Betriebsarbeiter, gelernt. Die wichtigste Schlußfolgerung, die wir ziehen müssen, ist die, die Nationale Front weiter zu festigen und ihre Arbeit zu entwickeln, denn es hat sich gezeigt, daß durch die Ausschüsse der Nationalen Front große Kräfte in der Bevölkerung entfaltet wurden, daß viele Menschen, die bisher an der Aufbauarbeit wenig teilnahmen, aktiviert wurden und große Fähigkeiten zeigten. Es ist also notwendig, daß die Ausschüsse der Nationalen Front die einfachen Menschen, die während der Wahlbewegung eine so große Arbeit geleistet haben, weiter heranziehen und ihnen die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten schaffen.

tische Staatsmacht dem Fortschritt dient, und daß die wichtigste Aufgabe der Mitarbeiter der Ministerien nach Annahme eines Gesetzes durch die Volkskammer darin besteht, dieses Gesetz in den Arbeitsberatungen durchzuführen und unmittelbare Maßnahmen festzulegen, wie dieses Gesetz der Bevölkerung erklärt werden soll, damit die Durchführung bis zum letzten Ort gewährleistet wird.

Um die Änderung der Arbeitsmethoden zu erleichtern, ist eine Vereinfachung mancher Teile des Staatsapparates notwendig. Das ist auch vom finanziellen Standpunkt aus nützlich.

In der nächsten Zeit erfolgt die Konstituierung der parlamentarischen Körperschaften. Wir sind der Meinung, daß die

So lautet der

Wählerauftrag der Jungwähler der Betriebsberufsschule  
Bau-Union Ost, Brandenburg, an die Jugendfreunde der Heimkehrer

Unsere Betriebsberufsschule, die am 4. 9. 1950 eröffnet wurde, liegt

\* in einem noch im Bau befindlichen Lehrbauhof.

Da es an Geldmitteln fehlt, können wir den weiteren Ausbau des Lehr-

bauhofes nicht fortsetzen. Da aber der Winter vor der Tür steht, m

Maßnahmen getroffen werden, um den Lehrlingen winterfeste Unterkün-

zu gewährleisten. Auch fehlen in unserer Betriebsberufsschule die

nötigen Einrichtungsgegenstände und die nötigen I^m^^

Und so wurde er nach einem Bericht des Zentralorgans der FDJ, „Junge Welt“, innerhalb 14 Tagen verwirklicht: Die 340 Lehrlinge des Bauwesens der Bauunion-Ost warteten auf die Fertigstellung ihres Lehrbauhofes, in dem gleichzeitig eine Betriebsberufsschule errichtet werden sollte. Der Bau war auf dem früheren Gelände der Flugzeugfabrik „Arado“ projektiert und von der Hauptdirektion der Bauunion-Ost genehmigt worden. Er sollte in drei Abschnitten bis 1. April 1951 fertiggestellt sein. Am 1. Oktober waren die finanziellen Mittel für den ersten Bauabschnitt verbraucht, neue Mittel wurden trotz mehrmaliger Anforderung nicht bewilligt. Die halbfertigen Bauten drohten unter den Witterungseinflüssen, denen sie schutzlos preisgegeben waren, zu zerfallen. - Die 340 Lehrlinge wandten sich mit ihrem Anliegen an den Spitzenkandidaten des Landes Brandenburg, Heinz Keßler. Zu ihm hatten sie volles Vertrauen, von ihm wußten sie, daß er ihnen, wenn irgend möglich, helfen würde. Und sie wurden nicht enttäuscht. Bereits am 20. Oktober 1950 überprüfte ein Vertreter des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen auf Veranlassung des jungen Abgeordneten der Volkskammer, Heinz Keßler, den Stand der Bauarbeiten auf dem Lehrbauhof. Er stellte fest, daß der Bau unverzüglich fortgesetzt werden muß. Sofort wurden alle nötigen Schritte eingeleitet und 150000 DM zur Fortsetzung des Baues angewiesen. — So handeln unsere Abgeordneten!

Vom Standpunkt der Arbeit des Staatsapparates ist eine entschiedene Änderung notwendig. In den Besprechungen der Kandidaten mit der Bevölkerung hat sich gezeigt, daß die von der Volkskammer beschlossenen Gesetze und die Verordnungen der Regierung nur in den wenigsten Fällen von den Mitarbeitern des Staatsapparates den unteren Verwaltungsorganen und der Bevölkerung richtig erklärt werden, und daß in vielen Ministerien eine unerhörte Sorglosigkeit in bezug auf die unverzügliche und genaue Durchführung der Gesetze und Verordnungen herrscht. So darf es nicht weitergehen. Die Mitarbeiter einzelner Abteilungen der Ministerien sind nicht nur Ressortfacheleute, sondern sie sind Angestellte des demokratischen Staates. Sie müssen sich bewußt sein, daß die demokra-

gewählten Volksvertreter stärker als früher an den Berichterstattungsversammlungen der Verwaltung teilnehmen sollen und öfter über die von den Parlamenten beschlossenen Gesetze und Maßnahmen berichten, um von der Bevölkerung zu erfahren, wie die Gesetze und Verordnungen durchgeführt werden, und die Vorschläge und die Kritik der Bevölkerung entgegenzunehmen. Es sind Vorschläge gemacht worden, in den Aufklärungslokalen der Nationalen Front auch weiterhin Sprechstunden der Mitglieder der Kreistage, der Stadtverordnetenversammlungen oder der Gemeindevertretungen durchzuführen.

Aus der Rede des Genossen  
WALTER ULBRICHT  
auf der 3. Tagung des Zentralkomitees  
der SED am 26./27. Oktober 1950